



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/60, 17/314

Abhörtätigkeiten in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 4. Dezember 2013 einen mündlichen und schriftlichen Bericht über die Tätigkeiten ausländischer Nachrichtendienste in Bayern zu geben und dabei besonders auf folgende Fragen einzugehen:

1. Gibt es Erkenntnisse über die Überwachung der Staatsregierung durch die NSA oder andere Nachrichtendienste?
 - a) Wenn ja:
 - aa) Wie gedenkt die Staatsregierung auf die Überwachung zu reagieren?
 - bb) Weswegen wurde der Landtag nicht informiert?
 - b) Wenn nein:
 - aa) Weswegen nicht?
 - bb) Sind Untersuchungen vorgesehen, welche die Abhörsicherheit der Kommunikationsinfrastruktur der Staatsregierung überprüfen?

2. Gibt es Erkenntnisse über die Überwachung des Landtags und dessen Mitgliedern durch die NSA oder andere Nachrichtendienste?
3. Gibt es Erkenntnisse von Fällen der Wirtschaftsspionage durch die NSA oder andere Nachrichtendienste in Bayern?
4. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern vor Zugriffen auf private Daten durch ausländische Nachrichtendienste zu schützen?
5. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die hinterlegten persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern bei Ämtern, Behörden und Ministerien zu sichern?
6. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um das Ausspähen von Firmengeheimnissen in Bayern angesiedelter Unternehmen zu verhindern?
7. Welche Rechenzentren internationaler/US-amerikanischer Firmen oder Firmentöchter werden in Bayern betrieben?
8. Wie ist nach Ansicht der Staatsregierung sicherzustellen, dass sich die Betreiber dieser Rechenzentren an deutsches Datenschutzrecht halten?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin